©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

KARL HOLL

KONFESSIONALITÄT, KONFESSIONALISMUS UND DEMOKRATISCHE REPUBLIK – ZU EINIGEN ASPEKTEN DER REICHSPRÄSIDENTENWAHL VON 1925

So richtig es sein mag, daß die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten am 26. April 1925 nicht unmittelbar und ursächlich das Ende des Weimarer Staates bewirkt hat, so zutreffend ist dennoch die Beurteilung, die in jenem Ereignis einen der inneren Wendepunkte in der kurzen Geschichte der ersten deutschen Republik erblickt.

Der Vorgang ist seither immer wieder gedeutet worden: als ein Symptom für die untergründige antirepublikanische Strömung beträchtlicher Teile des deutschen Volkes, die in ihrem politischen Selbstverständnis nur zur sehnsüchtigen Rückschau auf das untergegangene Kaiserreich fähig, ihren Protest gegen den verhaßten neuen Staat auch und sogar zu einem Zeitpunkt meinten ausdrücken zu müssen, in dem sich die Republik spürbar auf dem Erfolgswege befand; als Ausdruck des damit verbundenen Wunsches nach einem Garanten historischer Kontinuität, nach einem Wahrer obrigkeitlicher, monarchischer und militärischer Tradition, nach einem „Ersatzkaiser", wie ihn der greise Feldmarschall noch am ehesten verkörpern mochte[1]. Der Vorgang ließ daneben wohl auch die Deutung zu, daß sich in der Entscheidung der deutschen Wähler eine historisch lange angelegte Grundhaltung widerspiegelte, die in jedem Falle der „unpolitischen" Vatergestalt Hindenburgs den Vorzug vor allen denkbaren republikanischen Parteikandidaturen gegeben hätte[2], eine Erklärung, die übrigens ihre Stütze sowohl in der spezifischen und bewußten Wahlkampfführung des hinter der Kandidatur Hindenburgs stehenden „Reichsblocks"[3] wie in der Wahrscheinlichkeit findet, daß zur Wahl Hindenburgs zahlreiche bisherige Nichtwähler, „unpolitische" Wähler beigetragen haben[4].

[1] So etwa Theodor Eschenburg, Die improvisierte Demokratie, Gesammelte Aufsätze zur Weimarer Republik, München 1963, S. 58f.

[2] So (aus der Sicht des „Reichsblocks") Martin Spahn, Die Wahl zum Reichspräsidenten, Das Amt und der Mann, in: Friedrich Wilhelm von Loebell (Hrsg.), Hindenburg, Was er uns Deutschen ist, Berlin 1927, S. 111; vgl. Arnold Brecht, Vorspiel zum Schweigen, Das Ende der Deutschen Republik, Wien 1948, S. 46; ders., Aus nächster Nähe, Lebenserinnerungen 1884–1927, Stuttgart 1966, S. 454; Walter H. Kaufmann, Monarchism in the Weimar Republic, New York 1953, S. 150f.

[3] Dazu etwa Gerhard Schultze-Pfaelzer, Wie Hindenburg Reichspräsident wurde, Persönliche Eindrücke aus seiner Umgebung vor und nach der Wahl, Berlin 1925; ders., Hindenburg, Drei Zeitalter deutscher Nation, Leipzig und Zürich 1930, S. 209–242; Andreas Dorpalen, Hindenburg and the Weimar Republic, Princeton 1964; dt. Ausgabe: Hindenburg in der Weimarer Republik, Berlin und Frankfurt a.M. 1966, S. 78ff.; Hanns-Jochen Hauss, Die erste Volkswahl des deutschen Reichspräsidenten, Eine Untersuchung ihrer verfassungspolitischen Grundlagen, ihrer Vorgeschichte und ihres Verlaufs unter besonderer Berücksichtigung des Anteils Bayerns und der Bayerischen Volkspartei (Münchener historische Studien, Abt. Bayer. Geschichte, Bd. 2), Kallmünz 1965, S. 102f., 123–134.

Jahrgang 17 (1969), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Aufgrund der Erkenntnisse, die durch die Amtsführung Hindenburgs, besonders in seiner kurzen zweiten Amtszeit, gewonnen werden konnten, und im Hinblick auf die politische Wirkung, die gerade von seiner Persönlichkeit ausgehen mußte, ist im nachhinein, aber auch schon von zeitgenössischen Stimmen mit guten Gründen das Scheitern einer „bürgerlichen" Sammelkandidatur des Reichswehrministers Otto Geßler bedauert worden[5]. Es muß dabei auf den bezeichnenden Umstand hingewiesen werden, daß der außenpolitisch begründete Vorbehalt Stresemanns gegen die Kandidatur des Feldmarschalls zwar gewiß mindestens ebenso erheblich gewesen ist wie der gegenüber dem Reichswehrminister, aber gegenüber Hindenburg schließlich erfolglos blieb[6], wobei freilich – dies sei eingeräumt – ein parteipolitisch orientiertes und persönliches Desinteresse Stresemanns an einer Präsidentschaft des ihm als unabhängig bekannten Demokraten Geßler nicht völlig auszuschließen ist. Jedenfalls hat die vorschnelle Proklamierung der Kandidatur von Jarres durch den Loebell-Ausschuß, vornehmlich durch DVP und DNVP und unter starker Mithilfe Stresemanns die Kandidatur Geßlers verhindern helfen. Auch eine bürgerliche Sammelkandidatur des Demokraten Walter Simons, des Reichsgerichtspräsidenten und Präsidenten des Evangelisch-sozialen Kongresses und vormaligen Reichsaußenministers, der nach dem Tode Eberts für einige Wochen als amtierender Reichspräsident wirkte, scheiterte u. a. an der Haltung der beiden Parteien, während der von der DDP vorübergehend ventilierte Gedanke an eine republika-

---

[4] Siehe Friedrich J. Lucas, Hindenburg als Reichspräsident (Bonner historische Forschungen, Bd. 14), Bonn 1959, S. 19; (allerdings historische Belletristik:) Emil Ludwig, Hindenburg und die Sage von der Deutschen Republik, Amsterdam 1935, S. 268f.

[5] Zuletzt in dem Werk des Stresemann nahestehenden ehemaligen Staatssekretärs der Reichskanzlei und Reichstagsabgeordneten (DVP) Werner Freiherr von Rheinbaben, Kaiser, Kanzler, Präsidenten, Mainz 1968, S. 229; ähnlich die Stellungnahme des damaligen Geschäftsführers der DDP, Ministerialrat a.D. Werner Stephan in seinen bisher unveröffentlichten Aufzeichnungen (künftig zitiert: Stephan, Aufzeichnungen), in die mir Herr Stephan freundlicherweise durch die Überlassung einer Fotokopie Einblick gewährte, wofür ich ihm an dieser Stelle Dank sage. – Dort auch über Widerstände gegen Geßlers Kandidatur innerhalb der DDP wegen Geßlers Haltung am Ende des Ruhrkampfes; dazu vgl. Roland Thimme, Stresemann und die Deutsche Volkspartei 1923–1925 (Historische Studien, Heft 382), Lübeck und Hamburg 1961, S. 117; zur Frage der Kandidatur Geßlers jetzt am ausführlichsten: Hauss, a. a. O., S. 57–65; dazu Geßler selbst: Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit, hrsg. von Kurt Sendtner, Stuttgart 1958, S. 334–337; vgl. etwa Theodor Heuss, Erinnerungen 1905–1933, Frankfurt a.M. und Hamburg 1965, S. 218; Jürgen Blunck, Der Gedanke der Großen Koalition in den Jahren 1923–1928. Phil. Diss. Kiel 1961, S. 123f.

[6] Vgl. Otto Schmidt-Hannover, Umdenken oder Anarchie, Männer-Schicksale-Lehren, Göttingen 1959, S. 195; Hans Luther, Politiker ohne Partei, Stuttgart 1960, S. 331; Stephan bezeichnet in einer brieflichen Mitteilung an den Verf. (21. 8. 1968) Stresemanns „außenpolitische Motive" (gegen Geßlers Kandidatur)"[als] wohl mehr vorgeschützt" und weist auf die ohnedies menschlich schwierige Zusammenarbeit des Berliners Stresemann mit dem Süddeutschen Geßler hin; außerdem erwähnt er die damals geäußerte Vermutung, daß bei dem Scheitern der Kandidatur Geßler die Rivalität der Stresemann nahestehenden Antonina Vallentin mit der Geßler nahestehenden Katharina von Oheimb, spätere von Kardorff, und ihrer politischen „Salons" mitgewirkt haben könnten.

Jahrgang 17 (1969), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nische Einheitskandidatur Simons offenbar wegen des Desinteresses der SPD ergebnislos blieb[7].

Als wesentliche Faktoren, die zur ersten Wahl Hindenburgs beigetragen haben, sind immer wieder das Festhalten der KPD an der Kandidatur Thälmanns im zweiten Wahlgang[8] und das schließliche Abschwenken der Bayerischen Volkspartei zum „Reichsblock"[9] genannt worden. Wie die Wahlergebnisse des zweiten Wahlgangs im Vergleich zu denen des ersten zeigen, sind damit die Tatbestände objektiv richtig erfaßt: der auch von der Komintern gewünschte Verzicht auf die nochmalige Kandidatur Thälmanns seitens der KPD, die für diesen Fall zumindest zu erwartende Stimmenthaltung der kommunistischen Wähler und wenigstens die (bis zum Feststehen der Kandidatur Hindenburgs tatsächlich vorübergehend erwogene) Freigabe der Abstimmung seitens der BVP für diejenigen Wähler, die im ersten Wahlgang für den bayerischen Ministerpräsidenten Held votiert hatten[10] – dies hätte mit großer Wahrscheinlichkeit die Wahl von Wilhelm Marx zum Reichspräsidenten entscheidend sichern helfen.

Doch ist wenig für ein abschließendes Urteil gewonnen mit dem Vorwurf, die KPD habe sich „in der unergründlichen Verblendung und Bosheit ihres Herzens"[11]

---

[7] Das komplizierte Geflecht aufeinander einwirkender und einander teilweise wieder aufhebender Tendenzen in der Vorgeschichte und beim Zustandekommen der Kandidaturen schon für den ersten Wahlgang konnte hier nur sehr verkürzt und andeutend umrissen werden; zusammenfassende Darstellungen jetzt: Hauss, a. a. O.; Roland Thimme, a. a. O., S. 111–123; Annelise Thimme, Gustav Stresemann, Eine politische Biographie zur Geschichte der Weimarer Republik, Hannover und Frankfurt a.M. 1957, S. 71f.; Manfred Dörr, Die Deutschnationale Volkspartei 1925 bis 1928. Phil. Diss. Marburg 1964, S. 115–120; Henry Ashby Turner jr., Stresemann and the Politics of the Weimar Republic, Princeton 1963, dt. Ausgabe: Stresemann – Republikaner aus Vernunft, Berlin, Frankfurt a.M. 1968, S. 186ff.

[8] Aus der Fülle diesbezüglicher Äußerungen: Otto Braun, Von Weimar zu Hitler, New York [2]1940, S. 171; Carl Severing, Mein Lebensweg, Bd. II, Im Auf und Ab der Republik, Köln 1950, S. 54; Friedrich Stampfer, Die ersten 14 Jahre der Deutschen Republik, Offenbach/Main 1947, S. 454; Wilhelm Hoegner, Die verratene Republik, München 1958, S. 182; Paul Löbe, Der Weg war lang, Lebenserinnerungen, Berlin-Grunewald 1954, S. 112; Wilhelm Keil, Erlebnisse eines Sozialdemokraten, Bd. 2, Stuttgart 1948, S. 320; vgl. Werner Conze, Die Zeit Wilhelms II. und die Weimarer Republik, Deutsche Geschichte 1890–1933, Tübingen 1964, S. 214f.; Helmut Heiber, Die Republik von Weimar, München 1966, S. 171; Roland Thimme, a. a. O., S. 159.

[9] Siehe Karl Schwend, Bayern zwischen Monarchie und Diktatur, Beiträge zur Bayerischen Frage in der Zeit von 1918 bis 1933, München 1954, S. 510f.; Fritz Schäffer, Die Bayerische Volkspartei (BVP), in: Politische Studien, 14 (1963), S. 57; Stampfer, a. a. O., S. 454; Karl Buchheim, Die Weimarer Republik, Grundlagen und politische Entwicklung, München [2]1961, S. 105; Erich Eyck, Geschichte der Weimarer Republik, Erlenbach-Zürich [4]1962, I., S. 446; Alfred Milatz, Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik, Bonn 1965, S. 120; Roland Thimme, a. a. O., S. 159; jetzt am eingehendsten dargestellt bei Hauss, a. a. O., S. 85–107.

[10] Schwend, a. a. O., S. 510; Hauss, a. a. O., S. 96f., 104.

[11] Golo Mann, Deutsche Geschichte 1919–1945, Frankfurt a.M. 1958, S. 86; vgl. Dorpalen, a. a. O., S. 71; Braun, a. a. O., S. 171; Hoegner, a. a. O., S. 182; Ossip K. Flechtheim, Die Kommunistische Partei Deutschlands in der Weimarer Republik, Offenbach 1948, S. 124f.

Jahrgang 17 (1969), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mit der Schuld der Beihilfe zur Wahl Hindenburgs beladen; aus der ideologisch getrübten Sicht der KPD stellte sich die Weimarer Republik nun einmal als ein Staat dar, demgegenüber es völlig gleichgültig erschien, ob ein früherer katholischer Reichskanzler bürgerlich-demokratischer Observanz oder ein ehemaliger kaiserlicher Feldmarschall an seine Spitze gelangte[12].

Sinnvoller erscheint uns eine an der Zuverlässigkeit für die Republik orientierte Beurteilung der den Weimarer Staat vornehmlich tragenden Parteien und der von ihnen beeinflußten oder doch beeinflußbaren Wähler. Es geht – anders ausgedrückt – um die Frage: als wie stark ausgebildet erwies sich die integrierende Kraft des Weimarer Staates für die Parteien (und ihre Wähler), soweit sie seine Bewahrung wünschten, und zwar an einer Wendemarke von der Bedeutung der Reichspräsidentenwahl des Jahres 1925?[13]

Aufschlußreich in diesem Zusammenhang ist zunächst die Haltung der Bayerischen Volkspartei. Die übrigens innerhalb der Partei nicht ganz widerspruchslos hingenommene Entscheidung der BVP-Führung zugunsten des Protestanten Hindenburg und gegen den Katholiken Marx[14] zeigte, daß es damals für diese Partei etwas gab, was sich als noch stärker erwies als ihr antipreußischer Affekt oder auch ihre Bereitschaft zur Teilnahme an republikanischen Reichsregierungen: ihr tiefsitzender antisozialistischer Affekt seit den Tagen des Wittelsbacher-Sturzes und der kurzlebigen bayerischen Räterepublik[15].

Die militärische Traditionshaltung im Hintergrund agierender Persönlichkeiten (wie Martin Loibls)[16], das Eintreten von Kronprinz Rupprecht für Hindenburg[17] und die angesichts der Alternative Marx-Hindenburg nicht ganz plausible Befürchtung, von dem Wahlbündnis zwischen Zentrum und SPD werde vor allem aufgrund der Absprachen über die Regierungsbildung in Preußen unter Otto Braun eine verstärkte unitarische Wirkung auf die Reichsinnenpolitik ausgehen[18], mögen neben weiteren Faktoren ein übriges getan haben, Hindenburg den Vorzug zu geben.

---

[12] Arthur Rosenberg, Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik (hrsg. von Kurt Kersten), Frankfurt/M. 1955, S. 452; Die geschichtsklitternde, marxistische Darstellung von Wolfgang Ruge, Stresemann, Ein Lebensbild, Berlin (Ost) 1965, erwähnt Thälmanns Kandidatur nicht und begnügt sich damit, der SPD die Schuld für das Nichtzustandekommen einer gemeinsamen Linkskandidatur mit der SPD zuzuschieben.

[13] In diesem Sinne auch Conze, a. a. O.

[14] Schwend, a. a. O., S. 311f.; Hauss, a. a. O., S. 107–114.

[15] Schwend, a. a. O., S. 303f.; Dorpalen, a. a. O., S. 75; vgl. dagegen Hauss, a. a. O., S. 15–20, 68, der recht überzeugend den Nachweis führt, daß das Verhalten der BVP in der Frage der Reichspräsidentschaftskandidatur (schon im Hinblick auf die Sonderkandidatur Held) auch als Teil der Auseinandersetzung der Partei mit dem Zentrum zu betrachten ist.

[16] Schwend, a. a. O., S. 310f.; Schmidt-Hannover, a. a. O., S. 189; Geßler, a. a. O., S. 338; Hauss, a. a. O., S. 92ff., 97, 104ff.

[17] Schwend, a. a. O., S. 312; Walther Hubatsch, Hindenburg und der Staat, Aus den Papieren des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten von 1878–1934, Göttingen, Berlin, Zürich 1966, S. 71.

[18] Geßler, ebd.; Schwend, a. a. O., S. 304; Hauss, a. a. O., S. 117–123; dort, S. 103–107, auch über die die Kandidatur Hindenburgs in der BVP fördernden Kräfte.

Jahrgang 17 (1969), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Allerdings ist die Möglichkeit nicht auszuschließen, daß sich die BVP mit einer Kandidatur des süddeutschen Katholiken Geßler abgefunden, ja, sie sogar unterstützt hätte[19].

Dies gilt nun freilich auch gewiß für nicht unbeträchtliche Teile des Zentrums, denen sowohl das Bündnis mit der SPD als auch die Unterstützung eines weiter rechts stehenden Kandidaten (Jarres, Hindenburg) Schwierigkeiten bereitete[20]. Ihnen wurde der Boden entzogen durch die von DVP und DNVP gestützte Kandidatur Jarres. So waren hier die Weichen gestellt, seit sich die Sammelkandidatur Geßlers in den ersten tastenden Ansätzen als nicht realisierbar herausgestellt hatte. Marx wurde mit der für so manchen scharfsinnigen Beobachter bald erkennbaren Absicht aufgestellt, ihn für eine taktische Verabredung im zweiten Wahlgang aufzubauen. Wie stark dabei die Mitwirkung von Kräften des linken Parteiflügels war, die wie Wirth auf jeden Fall dem Abkommen mit der SPD und dem Zusammenwirken im Rahmen der Weimarer Koalition zuneigten[21], kann nur vermutet werden. Einzusehen ist jedenfalls, daß das Zentrum wesentliche Ziele vor allem auch in der Sicherung innenpolitischer Positionen in Preußen und hier nun einmal in der Sozialdemokratie den wichtigeren Gesprächspartner erblicken mußte[22].

Das weite Spektrum der Zentrumspartei wie auch ihrer Wählerschaft wird andererseits deutlich daran, daß Kräfte des äußersten konservativen Parteiflügels, darunter solche monarchistischer Prägung (von Papen, Clemens von Loe, von Guérard) und mittelständisch-agrarische Kreise aus ihrer Abneigung gegenüber dem Bündnis mit der SPD heraus die Kandidatur Hindenburgs förderten und daß der Mythus des Feldmarschalls als des Beschützers der deutschen Ostgrenze ausreichte, um vor allem in den preußischen Ostprovinzen (so etwa im Ermland und in Oberschlesien) traditionelle Zentrumswähler zu Hindenburgwählern aus Dankbarkeit zu machen[23]. Eine weitere Motivation für die Entscheidung gegen die offizielle Zentrumslinie, gegen Marx und für Hindenburg im Lager des Zentrums und des zentrumsnahen politischen Katholizismus bis in den Episkopat hinein (so bei Kardinal Bertram) bestand in dem Vorbehalt gegenüber der sozialdemokratischen Schulpolitik namentlich in Preußen[24].

---

[19] Schwend, a. a. O., S. 306; Hauss, a. a. O., S. 61f., 81.

[20] Schwend, ebd.

[21] Walter Görlitz, Hindenburg, Ein Lebensbild, Bonn 1953, S. 248.

[22] Über die Verflechtung der Reichspräsidentschaftskandidatur mit dem Problem der Regierungsbildung in Preußen s. Hauss, a. a. O., S. 77–80.

[23] Zu dem ganzen Sachverhalt: John K. Zeender, The German Catholics and the Presidential Election of 1925, in: The Journal of Modern History, 35 (1963), S. 366–381. – Zeender läßt bei seiner Schätzung – 400000 Zentrumswähler am 26. 4. 1925 Hindenburgwähler – die Möglichkeit außer acht, daß in dieser Zahl auch DDP-Wähler enthalten sein können: vgl. Dorpalen, a. a. O., S. 86, Anm. 39; außerdem übersieht er die Dankbarkeitsmotivation katholischer Grenzlandwähler. – Vgl. auch Helga Grebing, Zentrum und katholische Arbeiterschaft 1918–1933, Ein Beitrag zur Geschichte des Zentrums in der Weimarer Republik, Phil. Diss. Berlin 1953, S. 154; Roland Thimme, a. a. O., S. 125.

[24] Dazu Zeender, a. a. O.; vgl. Hauss, a. a. O., S. 127.

Jahrgang 17 (1969), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Daß so viele katholische Wähler, vor allem so viele Zentrumswähler sich durch die Propaganda des „Rechtsblocks", die in überwiegend katholischen Gegenden das Bündnis des Zentrums mit der SPD als mit „der Partei des atheistischen Materialismus" anprangerte[25], beeinflussen lassen, die Wahl von Wilhelm Marx ablehnen und Hindenburg selbst trotz seiner evangelischen Konfessionszugehörigkeit wählen konnten, läßt eine erste (negative) Antwort im Sinne unserer Leitfrage zu: erhebliche Teile der katholischen Wählerschaft konnten auch durch das Zentrum und seine sonst bewährte integrierende Potenz nicht für eine Entscheidung mobilisiert werden, die so deutlich den Charakter einer Entscheidung für den Weimarer Staat an sich trug. Ja, man darf annehmen, daß nicht wenigen der so votierenden katholischen Wähler dieser Aspekt überhaupt nicht bewußt gewesen ist oder daß er bei ihnen doch hinter den anderen genannten Aspekten zurücktrat, dies um so mehr, als der „Reichsblock" die unbedingte Achtung der Verfassung durch seinen Kandidaten beteuerte und dieser selbst in seinem Osteraufruf vom 11. April ein Bekenntnis zur Verfassung abgelegt hatte[26].

Die SPD war sich von vornherein über die Aussichtslosigkeit einer sozialdemokratischen Kandidatur für die Reichspräsidentschaft im klaren[27]. Nur darüber, daß Friedrich Ebert, hätte er noch in der Volkswahl kandidieren können und wollen, gewählt worden wäre, herrschte und herrscht heute weit über die Sozialdemokratie hinaus ziemlich allgemein Einverständnis. Der vorübergehend aufgetauchte Gedanke an eine Kandidatur Paul Löbes wurde bald wieder fallengelassen[28]. Mit Otto Brauns Kandidatur im ersten Wahlgang, von der Partei und auch von Braun selbst ohnedies nur lau betrieben, wollte die SPD wenigstens die Fahne zeigen und den Verhandlungsgegenstand für den zweiten Wahlgang markieren. Die Möglichkeit einer Volksblockkandidatur Braun für den zweiten Wahlgang schied schon aus wahlstrategischen Rücksichten aus[29]. Die Sicherung der dann tatsächlich in den Absprachen mit den beiden anderen Parteien der Weimarer Koalition erzielten Vereinbarung über die gemeinsame (und schwierige) Regierungsbildung in Preußen erschien der SPD begreiflicherweise vordringlicher.

Ganz konsequent hat die SPD dann auch innerhalb des „Volksblocks" die Kandidatur von Marx im Wahlkampf für den zweiten Wahlgang tatkräftig unterstützt[30]. Aber ist das Kalkül der sozialdemokratischen Parteiführung bis zum letzten Parteimitglied und bis zum letzten Wähler, der am 29. März 1925 Otto Braun gewählt hatte, verstanden und bejaht worden? Und war hier jene Integrationskraft des demokratischen und republikanischen Gedankens wirksam, welche die Stunde erforderte?

---

[25] Zeender, a. a. O., S. 373.

[26] Dorpalen, a. a. O., S. 80.

[27] Braun, a. a. O., S. 169; Stampfer, a. a. O., S. 452.

[28] Braun, ebd.; vgl. Löbe, a. a. O., S. 110.

[29] Braun, a. a. O., S. 170; Stampfer, a. a. O., S. 451 f.; Hauss, a. a. O., S. 80.

[30] Severing, a. a. O., S. 52 f.; vgl. auch *Julius* Leber, Ein Mann geht seinen Weg, Schriften, Reden und Briefe, herausgegeben von seinen Freunden, Berlin-Schöneberg 1952, S. 39.

Jahrgang 17 (1969), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Im großen und ganzen wird man die Frage für die SPD bejahen müssen, wenngleich die Enttäuschung über den Verzicht auf eine eigene Kandidatur im zweiten Wahlgang bei vielen sozialdemokratischen Wählern groß war, wie Braun bezeugt[31]. Immerhin hat es offenbar in Kreisen traditioneller (protestantischer und radikalsozialistischer) SPD-Wähler Mißtrauen gegenüber dem Kompromißkandidaten des „Volksblocks" gegeben, das sich – in Umkehrung jener konfessionspolitisch motivierten Bedenken im Zentrumslager gegenüber dem Wahlbündnis mit der SPD – hier gegen die katholische Konfession des Zentrumspolitikers oder einfach gegen den „Kapitalisten" Marx richtete. Darauf sind u. a. die Stimmenthaltung Tausender von Braun-Wählern im zweiten Wahlgang und viele Arbeiterstimmen für Hindenburg und Thälmann vor allem in Sachsen und Thüringen zurückgeführt worden[32]. Freilich mag der Fall des sozialdemokratischen evangelischen Mannheimer Pfarrers Dr. Ernst J. Lehmann – eines Mannes aus dem frühen Kreis um Friedrich Naumann –, der wegen seiner starken Bedenken gegenüber einem katholischen, vom Zentrum gestellten Reichspräsidenten für die Kandidatur Hindenburgs eintrat[33], eine isolierte Erscheinung darstellen.

Besonderes Interesse verdient in unserem Zusammenhang die Haltung der Deutschen Demokratischen Partei. Die DDP setzte, ohne eigentlich „kulturkämpferisch" zu sein, wesentlich stärker als die Deutsche Volkspartei die kulturpolitische Tradition des deutschen Liberalismus fort. Dieser Umstand brachte es mit sich, daß innerhalb dieser Partei und ihrer Wählerschaft die Diskussion über die konfessionellen Implikationen der Volksblockkandidatur Marx besonders intensiv geführt wurde. Er ließ die Wählerschaft der DDP aber auch zu einem bevorzugten Ziel der Reichsblockpropaganda, die DDP selbst zum Ziel heftiger Angriffe aus konservativen Kreisen der evangelischen Kirche werden.

Zur Verdeutlichung des zuletzt genannten Sachverhaltes bedarf es einiger klärender Vorbemerkungen. Seit Gottfried Mehnerts Untersuchung über die Haltung der evangelischen Kirche in der Situation des Umbruchs vom Kaiserreich zur

---

[31] Braun, ebd.; auch Severing, a. a. O., S. 53; vgl. Hauss, a. a. O., S. 127; Roland Thimme, a. a. O., S. 126.

[32] Schultze-Pfaelzer, Hindenburg, S. 240; Severing, a. a. O., S. 53; John W. Wheeler-Bennett, Hindenburg, The Wooden Titan, London 1936, S. 266; Godfrey Scheele, The Weimar Republic, Overture to the Third Reich, London o.J. (1946), S. 134; Dorpalen, a. a. O., S. 85; Hauss, a. a. O., S. 135.

[33] Martin Rade an Johannes Kübel, in: Die Christliche Welt (künftig zitiert: C. W.), Nr. 24/26, 18. Juni 1925, S. 565; vgl. Johannes Rathje, Die Welt des freien Protestantismus, Ein Beitrag zur deutsch-evangelischen Geistesgeschichte, dargestellt am Leben und Werk von Martin Rade, Stuttgart 1952, S. 337. – Lehmann hat seine sehr sorgfältig differenzierte Stellungnahme selbst dargestellt in seiner Schrift „Um des Evangeliums willen", Eine ungehaltene politische Verständigungs- und Bekenntnisrede zur Reichspräsidentenwahl an seine Gemeindeglieder von Dr. E. Lehmann, Pfarrer an der Luther-Kirche in Mannheim, Mannheim o. J. (1925). – Biographische Daten Lehmanns: Heinrich Neu, Pfarrerbuch der evangelischen Kirche Badens von der Reformation bis zur Gegenwart, Lahr i. B. 1938–1939, I., S. 103; II., S. 365.

Jahrgang 17 (1969), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Republik[34] haben wir einen geschärfteren Blick gewonnen für jene überwiegende Mehrheit des deutschen Protestantismus, die sich – im Gegensatz zur katholischen Kirche – außerstande zeigte, sich nüchtern und unvoreingenommen auf den Boden der 1918 in Deutschland vollzogenen Tatsachen zu stellen. Ihre spezifische Haltung, die als „konservativ" und „national" nur unvollkommen umschrieben ist, machte es ihnen unmöglich, in den Ereignissen des Jahres 1918 die unausweichliche Aufforderung zu einer Revision ihres seitherigen kleindeutsch-preußischen, protestantischen und nationalen Geschichtsbildes zu erkennen. In ihrer Vorstellungswelt, in der Begriffe wie „Demokratie", „Parlamentarismus", „Liberalismus", „Sozialismus" ziemlich undifferenziert nebeneinanderstanden und schlechthin als Prinzipien der Autoritätslosigkeit, der Unordnung, der Zersetzung und des Zerfalls bisheriger Ordnung galten, war die Erhaltung des Weimarer Staates nicht vorgesehen. Ihren Haß, ihre Verachtung gegenüber den mit dem polemisch gemeinten Schlagwort „international" bedachten Parteien der Friedensresolution vom Juli 1917 nahmen sie mit in den neuen Staat, wie sie „ihre Ideale aus dem Kaiserreich mit in die Republik" nahmen[35]. Wie sie von der Novemberrevolution überrascht worden waren, so wollten sie die tieferen Ursachen der äußeren und inneren Niederlage des Kaiserreichs, ja, die Niederlage selbst im Grunde nicht wahrhaben, sondern beschränkten sich darauf, die „internationalen" Kräfte für den Zusammenbruch verantwortlich zu machen, so die diffamierende Klassifizierung der oppositionellen Gruppen im Deutschland Bismarcks als „Reichsfeinde" fortsetzend.

Diese Einstellung zum Weimarer Staat brachte den national gestimmten, konr servativen deutschen Protestantismus zwangsläufig in enge Nachbarschaft zu-Deutschnationalen Volkspartei, mit der sich auch vielfältige personelle Verschränkungen auf allen Ebenen der kirchlichen und der Parteiorganisation ergaben[36]. Es nimmt deshalb nicht wunder, daß der innerkirchliche Kampf des Mehrheitsprotestantismus sich gegen jene kleine Gruppe liberaler evangelischer Theologen richtete, die wie Ernst Troeltsch, Adolf von Harnack, Otto Baumgarten, Friedrich Naumann, Martin Rade und andere nicht nur theologisch „links" standen, sondern auch durch ihre Mitarbeit in der DDP oder durch die Hinneigung zu den Vorstellungen und Zielen dieser Partei im Sinne der jungen Republik wirkten.

Karl Dietrich Erdmann hat vor mehr als zehn Jahren u. a. Untersuchungen über das Verhältnis von Kirche und Demokratie in der Weimarer Republik als Desideratum der zeitgeschichtlichen Forschung bezeichnet[37]. An der Haltung des deutschen Mehrheitsprotestantismus zu den beiden Reichspräsidentschaftskandidaturen Hindenburg und Marx, an der Haltung der im zweiten Wahlgang für Marx ein-

[34] Gottfried Mehnert, Evangelische Kirche und Politik 1917–1919, Die politischen Strömungen im deutschen Protestantismus von der Julikrise bis zum Herbst 1919, Düsseldorf 1959.

[35] Mehnert, a. a. O., S. 69.

[36] Mehnert, a. a. O., S. 152; Karl Kupisch, Die deutschen Landeskirchen im 19. und 20. Jahrhundert, in: Die Kirche in ihrer Geschichte, Ein Handbuch, hrsg. von Kurt Dietrich Schmidt und Ernst Wolf, Bd. 4, Lieferung R (2. Teil) Göttingen 1966, S. 100f.

[37] Karl Dietrich Erdmann, Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft, in dieser Zeitschrift 3 (1955), S. 18f.

Jahrgang 17 (1969), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tretenden evangelischen Theologen und an den damit in engem Zusammenhang stehenden Auseinandersetzungen evangelischer Kreise mit der DDP lassen sich der antidemokratische und antirepublikanische Standort der Mehrheit und der republiktreue Standort der Minderheit recht gut exemplarisch verdeutlichen. Im Sinne der berechtigten Anregung Erdmanns will deshalb das Folgende zugleich Vorstudie und Beitrag sein zu Forschungen, die über Mehnerts Untersuchung zeitlich hinausreichen.

Bezeichnend für die Einstellung des Mehrheitsprotestantismus zum Weimarer Staat im allgemeinen und zur Sozialdemokratie im besonderen war es, daß der Tod Eberts von den offiziellen Stellen der evangelischen Kirche nahezu völlig ignoriert wurde[38]. Von dem fatalen Eindruck, den dieses Verhalten hinterließ, hob sich innerhalb der evangelischen Kirche neben einigen wenigen Martin Rade – Schwager Friedrich Naumanns und Mitglied der DDP – mit seiner „Christlichen Welt" günstig ab.

Nicht nur, daß Rade einen warmherzigen Nachruf auf den Reichspräsidenten veröffentlichte[39], er setzte sich auch mit der Reaktion der evangelischen Kirche auf den Tod Eberts kritisch auseinander:

> „Dabei ist es mir ein großer Schmerz, daß gerade meine evangelische Kirche sich in die Stunde nicht hat finden wollen. Am Sonntag Invokavit sind Predigten gehalten worden von sehr beredten und geistig lebendigen Pfarrern, die des Ereignisses nicht gedacht haben. Das konnte nur Absicht sein. Kein Wort des Gebets für die dadurch gewordene Lage des Staates. Vielleicht waren es Ausnahmen – indessen, ich fürchte! Und wenn es nur Etliche wären: wo bleibt das Staatsgefühl? wo das wache Gedenken an die Gemeindeglieder, die durch diesen Tod tief betroffen sind? (Daß auch Sozialdemokraten unter der Kanzel sitzen, setzt man offenbar als ausgeschlossen voraus.) Wo bleibt das rein menschliche Empfinden für die Einzigkeit dieses Lebenslaufs? Wie kann ein Prediger am Tage nach der Todesnachricht sich das alles entgehen lassen – und tun, wie wenn nichts geschehen wäre. Aber das Ausschlaggebende bleibt: gleichviel wer Ebert war, es starb doch das Oberhaupt unseres Staates?"
>
> „. . . Steht denn unsere evangelische Kirche so ganz rettungslos im Schatten der Reaktion? . . ."
>
> „. . . Die Nichterwähnung dieses Todes auf den Kanzeln am Sonntag Invokavit ist weithin Stil gewesen. Das ohne obrigkeitlichen Zwang anheimgegebene Läuten am Todestage ist in der Regel unterblieben. Man hat der katholischen Kirche überlassen, ihren abtrünnigen Sohn zu ehren und damit dem Staat zu geben, was des Staates ist . . ."[40]

Sodann druckte Rade einen bitteren, resignierten Brief des evangelischen Pfarrers Hermann Maas aus Heidelberg ab, der wegen der Trauerrede, die er am Grabe des ehemals katholischen Dissidenten Ebert gehalten hatte, Kritik von evangelischer Seite ausgesetzt war[41].

---

[38] Kupisch, a. a. O., S. 114.

[39] C. W. Nr. 9/10, 5. März 1925, Sp. 237f.; vgl. Rathje, a. a. O., S. 333.

[40] „Zum Tode des Reichspräsidenten", C. W. Nr. 11/13, 19. März 1925, Sp. 280ff.; vgl. Rathje, ebd.

[41] „Zur Beerdigung des Reichspräsidenten", C. W. Nr. 14/15, 2. April 1925, Sp. 324ff. –

Jahrgang 17 (1969), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Selbstverständlich fand dann im ersten Wahlgang nur der Kandidat der DVP und der DNVP Karl Jarres die Unterstützung des Mehrheitsprotestantismus. Die heftige, antikatholisch untermalte, gegen Zentrum und BVP gerichtete Progapanda des „Evangelischen Bundes" für Jarres hat denn auch der BVP Anlaß (oder Vorwand) gegeben, einer erneuten Kandidatur von Jarres in einer „bürgerlichen" Sammelkandidatur im zweiten Wahlgang von vornherein die Unterstützung zu verweigern[42] und damit indirekt zur Aufstellung Hindenburgs durch den „Reichsblock" beigetragen. Ebenso selbstverständlich, nur noch in weit stärkerem Maße trat die Unterstützung der Kandidatur Hindenburgs durch den Mehrheitsprotestantismus hervor. Ungeachtet der Teilnahme der BVP am „Reichsblock" wurde Hindenburg hier geradezu als neuer Luther stilisiert[43].

Kehren wir nun zur Betrachtung der DDP zurück! Nach außen hin ziemlich reibungslos und bereitwillig hatte sich die DDP nach dem ergebnislosen Ausgang des ersten Wahlgangs, an dem sie mit einem eigenen Kandidaten, dem badischen Staatspräsidenten Willy Hellpach, beteiligt gewesen war, dem „Volksblock" zur Unterstützung der Kandidatur Marx als dritte der Weimarer Parteien angeschlossen[44].

Der Gedanke einer republikanischen Sammelkandidatur war publizistisch vor allem in der „Hilfe" entschieden vertreten worden. Anton Erkelenz, neben Gertrud Bäumer Herausgeber der von Naumann begründeten linksliberalen Zeitschrift, hatte schon im März 1925 vom Erfolg einer rechtsgerichteten Kandidatur Jarres das Heraufkommen einer „Mac-Mahon-Zeit für die deutsche Republik", einer die monarchistische Restauration vorbereitenden Periode befürchtet[45]. Nun, vor der endgültigen Entscheidung über den „Volksblock", bezeichnete er eine republikanische Einheitskandidatur Hellpachs als am ehesten wünschenwert, warb aber zugleich um Verständnis für eine wahrscheinliche Kandidatur Marx. An dieser dürfe die Einigung der Parteien der Weimarer Koalition jedenfalls nicht scheitern, wobei er an „die Bedenken, die dagegen im Kreise mancher kulturpolitisch entschieden liberalen Freunde bestehen"[46], dachte.

Ähnlich erging es Otto Baumgarten, nachdem er im Auftrag des „Reichsbanners" eine Gedenkrede auf Ebert gehalten hatte: Otto Baumgarten, Meine Lebensgeschichte, Tübingen 1929, S. 463.

[42] Schwend, a. a. O., S. 310; Hauss, a. a. O., 66, 81, 92, 96.

[43] Scheele, a. a. O., S. 134; Kupisch, a. a. O., S. 114.

[44] Dennoch herrschte aus mancherlei Gründen zunächst Verstimmung innerhalb der Führungsgremien der DDP, u. a. wegen des taktischen Spiels von Zentrum und SPD um die (kurzlebige) Ministerpräsidentschaft Hoepker-Aschoffs in Preußen: Hauss, a. a. O., S. 80; über Widerstände bei führenden demokratischen Politikern gegenüber der Katholizität von Marx: Stephan in einem Brief an den Verf. (21. 8. 1968): „Der kämpferische Katholizismus Wilhelm Marx' wurde in der Tat vom Kulturliberalismus innerhalb der DDP als starke Belastung empfunden. Willy Hellpach, Gertrud Bäumer und Gleichgesinnte haben das sehr entschieden herausgestellt."

[45] „Die erste Reichspräsidentenwahl", Die Hilfe, Nr. 6, 13. März 1925, S. 126; vgl. Roland Thimme, a. a. O., S. 112f.

[46] Die Hilfe, Nr. 7, 29. März 1925, S. 146; vgl. Hauss, a. a. O., S. 77.

Jahrgang 17 (1969), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In der Tat waren vor allem in Süddeutschland die kulturpolitisch begründeten Vorbehalte in der Anhängerschaft der DDP stark, wie z. B. Baumgarten aufgrund eines Gesprächs mit dem ehemaligen württembergischen Staatspräsidenten Johannes Hieber bestätigt[47]. Ähnliches wie für Württemberg galt auch für Baden, wo die Erinnerung an den gemeinsamen Kampf im „Großblock" von der Sozialdemokratie bis zu den Nationalliberalen gegen das Zentrum vor dem 1. Weltkrieg noch lebendig war[48].

Hellpach, der eine Kandidatur von Simons gewünscht hatte, berichtet von seinem Erstaunen, als schon in den Vorbereitungen zum ersten Wahlgang im Reichsvorstand der DDP der Name Marx' als möglicher republikanischer Einheitskandidat genannt worden sei:

> „Marx war . . . ganz schwer katholisch, Eiferer für die streng konfessionelle Schultrennung, gewiß ein Katholik ohne Tadel und Falsch, aber so durch und durch ein klerikaler Politiker, daß seine Nomination geradezu eine katholische Republik nach dem evangelischen Kaisertum plakatiert haben würde."[49]

In seinem rückblickenden Urteil mag freilich auch die Enttäuschung darüber nachklingen, daß entschlossene Anstrengungen für eine republikanische Einheitskandidatur Hellpach im zweiten Wahlgang von der demokratischen Parteiführung nicht unternommen wurden und daß nach seinem Eindruck die Volksblockkandidatur Marx im Parteivorstand unter dem Einfluß Erich Kochs von vornherein beschlossene Sache war[50].

Als dann die Volksblockkandidatur Marx tatsächlich zustandekam und die Kandidatur Hindenburg bekannt wurde, war dies Anlaß für Distanzierung und Parteiaustritt wenigstens dreier bekannter süddeutscher demokratischer Politiker, der ehemaligen Abgeordneten Müller-Meiningen, Stolz und Hammerschmidt[51].

Trotz solcher Schwierigkeiten hat sich die DDP jedoch ebenso entschieden wie SPD und Zentrum am Wahlkampf des „Volksblocks" für Marx und gegen Hindenburg beteiligt. Zahlreiche namhafte Politiker der Partei wie Erich Koch-Weser, Anton Erkelenz, Carl Petersen, Hugo Preuß, Georg Gothein, Ludwig Bergsträßer, Theodor Heuss, trotz seiner innerlichen Vorbehalte auch Willy Hellpach, haben

[47] Baumgarten, a. a. O., S. 464.

[48] „Der Wahlkampf in Baden", Frankfurter Zeitung (künftig zitiert: F. Z.), 23. April 1925, 1. Morgenblatt; über Widerstände in der DDP Norddeutschlands, besonders Hamburgs und Schleswig-Holsteins: Stephan, Aufzeichnungen; vgl. Roland Thimme, a. a. O., S. 126.

[49] Willy Hellpach, Wirken in Wirren, Lebenserinnerungen, Eine Rechenschaft über Wert und Glück, Schuld und Sturz meiner Generation, 2. Bd. 1914–1925, Hamburg 1949, S. 246f.

[50] Hellpach, a. a. O., S. 261ff., 268–272; dort auch starke Kritik an Erkelenz; über Vorbehalte der DDP-Reichstagsfraktion gegenüber Hellpach: Heuss, a. a. O., S. 219; Stephan, Aufzeichnungen: „Hellpach drängte sich zu dieser nur von Demokraten getragenen Kandidatur, die alle anderen, besonders die Verantwortlichen wie Koch-Weser scheuten . . . Im Hintergrund schlummerte bei ihm die Hoffnung, nach einem Achtungserfolg der Kompromißkandidat der Weimarer Parteien für den zweiten Wahlgang zu werden."

[51] F. Z., 21. April 1925, 1. Morgenblatt („Die Pfälzer Demokraten für Marx"); F. Z., 21. April 1925, Abendblatt („Der Volksblock in Bayern"); Julius Paul Köhler, Die Hindenburg-Linie und die Herrschaft der Mitte, Leipzig 1928, S. 100; Hauss, a. a. O., S. 127.

Jahrgang 17 (1969), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sich in öffentlichen Kundgebungen für Marx, oft zusammen mit ihm, eingesetzt, wobei für solche Veranstaltungen gewöhnlich die Form des gemeinsamen Auftretens je eines Vertreters der drei Weimarer Parteien gewählt wurde, um die Festigkeit des „Volksblocks" optisch zu unterstreichen. Zu ihnen sind auch früher aktive linksliberale Politiker wie Ludwig Quidde und Hellmut von Gerlach[52] zu zählen. Allgemein kam ein Gefühl der Genugtuung und Befriedigung über das Zusammengehen der Parteien der Weimarer Koalition zum Ausdruck[53].

Das solchermaßen von der DDP dokumentierte Bekenntnis für die Republik und das Eintreten für den katholischen Bewerber lösten indessen immer wieder heftige Angriffe aus evangelischen Kreisen sowohl offizieller Stellen als auch kirchlicher Presseorgane aus. Offenbar bestand die stillschweigende Absicht, im Zusammenspiel von Mehrheitsprotestantismus und „Reichsblock" durch die Erzeugung einer neuen Kulturkampfstimmung gegen einen angeblichen „Neo-Ultramontanismus" eine Waffe gegen den „Volksblock" und namentlich gegen die DDP zu schmieden. Auf diese Weise sollten vor allem die kulturpolitisch ansprechbaren Kreise der linksliberalen, republikanischen Wählerschaft zum Hindenburg-Block hinübergezogen werden. Daß die so vereinten Kräfte allerdings weit davon entfernt waren, kulturpolitisch liberale Erwartungen erfüllen zu können, gehörte zu den Paradoxien dieses Wahlkampfes, der nichtsdestoweniger erfolgreich gewesen ist.

Wie erfolgreich der Wahlkampf des „Reichsblocks" in einzelnen evangelischen Gemeinden, besonders auch bei bewußt evangelischen Wählerinnen zu sein vermochte, dafür liefert ein Vorgang in Mannheim ein anschauliches Beispiel. Als der für Marx besonders tatkräftig werbende demokratische Reichstagsabgeordnete Adolf Korell[54], evangelischer Pfarrer in Ingelheim, auf einer Kundgebung des „Volksblocks" in Mannheim sprechen sollte, versuchte ihn ein ihm übermittelter Protest von zehn evangelischen Frauenverbänden der Stadt am 20. April 1925 am Auftreten zu hindern:

> „Die in den folgenden Verbänden zusammengeschlossenen evangelischen Frauen Mannheims haben mit Entrüstung vernommen, daß ein evangelischer Geistlicher, Herr Pfarrer Korell, in unserer Stadt zugunsten der Wahl eines Ultramontanen

[52] F. Z., 21. April 1925 (Quidde sprach in Wiesbaden in einer von der Friedensgesellschaft und vom „Volksblock" veranstalteten Versammlung, Gerlach in Oldenburg für die Wahl von Marx.) Vgl. Ruth Greuner, Wandlungen eines Aufrechten, Lebensbild Hellmut von Gerlachs, Berlin (Ost) 1965, S. 169.

[53] Dies bestätigt auch Stephan, Aufzeichnungen und briefliche Mitteilung vom 21. 8. 1968. Stephan, der neben Erkelenz die DDP in dem von Spiecker geleiteten Zentralausschuß des „Volksblocks" vertrat, berichtet, die DDP-Organisationen im Reich hätten überall reibungslos mit den beiden anderen Parteien zusammengearbeitet, und nur einmal sei es zu einer Auseinandersetzung im Zentralausschuß gekommen und zwar wegen der besonders den Demokraten peinlichen Absicht, Crispien für Marx öffentlich sprechen zu lassen.

[54] F. Z., 22. April 1925, 2. Morgenblatt (Korell in Gießen); F. Z., 24. April 1925, 2. Morgenblatt (Korell in Worms); F. Z., 25. April 1925, 2. Morgenblatt (Korell in Nürnberg); „Politische Umschau zu Ostern" (Verfasser: Korell); Mainzer Anzeiger (künftig zitiert: M. A.), 11. April 1925; M. A., 20. April 1925 (Korell in Mainz).

Jahrgang 17 (1969), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zum Reichsoberhaupt in einer politischen Versammlung seine Stimme erheben will. Sie betrachten dies als einen Schlag ins Angesicht für unser evangelisches Empfinden und drücken diesem Vorgehen gegenüber ihre schärfste Mißbilligung aus Gründen des verletzten evangelischen Ehrgefühls aus."[55]

Über ähnliche Vorgänge weiß Rade zu berichten:

„Am Wahltage, dem 26. April, weilte ich in Berlin. Ich ging in die Kirche. Ich hätte D. Döhring hören können, aber ich ging, ohne nach dem Prediger zu fragen, in die nächste offene Tür. Der Prediger hob an: ‚Heut ist ein Entscheidungstag für das deutsche Volk angebrochen. Heute muß sich zeigen, ob es zu seinem alten Glauben zurück will . . .' Es folgte eine unpolitische Rede über Joh. 14,6. Aber bei den Abkündigungen wurde der Prediger wieder ganz deutlich: ‚Heut ist Wahltag. Ein jeder evangelische Christ weiß, wem er die Stimme zu geben hat.' (Ich kürze ab.) Ähnlich wird es in unzähligen Kirchen gehalten worden sein."[56]
„Zur Bestätigung genügt es, auf Mannheim hinzuweisen. Dort beschloß der Kirchengemeinderat:
1. am 25. und 26. folgendes Plakat anzuschlagen:

Reichspräsidentenwahl!
‚Evangelischer! Gedenke, daß du evangelisch bist!'

2. am 26. von den Kanzeln eine Kundgebung zur Verlesung zu bringen, die auch als Flugblatt verbreitet werden solle und als solches vom Evangelischen Gemeindeamt zu beziehen sei:

‚Gedenke, daß du evangelisch bist!

. . . Darum ist für uns Evangelische die Stunde gekommen, aufzustehen vom Schlaf . . . Diejenigen, die einer politischen Partei angehören, mögen ihr Gewissen prüfen, ob Parteiprogramm, Parteischlagwort und Parteidisziplin ihnen höher stehen als ihre Evangelische Kirche und ihr Evangelisches Bekenntnis. Es ist, Gott seis geklagt, so: Wer in dieser Schicksalsstunde nicht für unsre Evangelische Kirche ist, der ist wider sie!
. . . Wir möchten, daß alle Evangelischen in dieser Schicksalsstunde unserer Kirche nichts Anderes leite als die Erkenntnis, die dem größten unter unsern evangelischen Vätern in der entscheidungsschwersten Stunde seines Lebens klare Richtung wies: ‚Es ist weder sicher noch geraten, etwas gegen das Gewissen zu tun!'

[55] Nachlaß Korell, Hessisches Staatsarchiv Darmstadt; dort auch zahlreiche weitere, meist anonyme Protestschreiben gegen Korells Eintreten für Marx neben einigen zustimmenden Äußerungen aus allen Teilen Deutschlands. – Der Pfarrer Renz (an der Trinitatiskirche in Mannheim) schrieb am 19. April 1925 u. a.: „Sind doch die Ziele des Zentrums zur Genüge bekannt und daß es dasselbe letztlich auf Ausrottung des Protestantismus abgesehen hat, bedarf für den, der die Geschichte kennt, keines Beweises". – Dagegen das Schreiben des katholischen Pfarrers Schwent in Alsfeld vom 1. Mai 1925: „. . . Es ist bedauerlich, daß in dem Wahlkampfe das konfessionelle Moment gegen Marx ausgespielt worden ist bei aller Hochachtung für den großen Heerführer Hindenburg, wie nunmehr in Dekanatsversammlungen Ihrer Kollegen diese in kurzsichtiger Weise gegen Sie öffentlich Stellung nehmen. Nicht Sie, sondern diese tragen dazu bei, daß in den Kreisen des Volksblocks, dem ein Großteil ev. Bevölkerung angehört, die Stimmung gegen die Pfarrer des Vogelbergs sich wendet, da man in Ihnen einen gewiegten und tüchtigen Politiker schätzt, der auch seine ev. Überzeugung hochgehalten hat . . . Gerade deshalb teile ich Ihnen mit, daß in Grünberg vor der Wahl und in Schotten nach der Wahl von Ihren Kollegen Stellung gegen Sie genommen worden ist in den Dekanatskonferenzen . . .".

[56] „Das konfessionelle Motiv bei der Reichspräsidentenwahl", C. W. Nr. 22/23, 1. Juni 1925, Sp. 504–511; Sp. 505.

Jahrgang 17 (1969), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gedenke, daß du evangelisch bist!'

Gleichzeitig ging, datiert Mannheim, 11. April, ein streng vertrauliches Schreiben von 53 evangelischen Pfarrern ‚an alle badischen Gemeinden', fast wörtlich mit der Mannheimer Kundgebung übereinstimmend, nur etwas ausführlicher."[57]

Vorgänge wie diese zwangen die DDP dazu, einen Großteil ihres Wahlkampfes – auch publizistisch – damit zu bestreiten, sich mit den Befürchtungen auseinanderzusetzen, Marx werde als Reichspräsident eine Phase verstärkter und erfolgreicher katholischer Kulturpolitik einleiten.

Die linksliberale Auseinandersetzung mit dem „Nationalprotestantismus"[58] nahm dabei gelegentlich die Form einer prinzipiellen Abrechnung an, vor allem in den Beiträgen der „Hilfe". Ein Aufsatz Gertrud Bäumers – „Der Protestantismus im Volksblock"[59] – beschäftigte sich eingehend mit der Rolle von Liberalismus und Protestantismus im neuen Staat. An die Stelle des von Naumann erhofften Linksblocks „von Bebel bis Bassermann" sei in der Republik der Volksblock der Weimarer Parteien, aber entgegen den Wünschen Naumanns mit Einschluß des Zentrums getreten. Da das liberale Bürgertum, sowohl das früher in der nationalliberalen, jetzt in der Deutschen Volkspartei beheimatete, als auch das „freisinnige", „nach einigem Schwanken seine Zuflucht bei der Reaktion gesucht" habe, könne sich die Republik „nicht auf den alten Liberalismus als geistige Basis" gründen. Dies bedinge unvermeidlich den stärkeren Einfluß des Zentrums im Volksblock:

„Es wird uns Protestanten nun nicht leicht, daß in der Ideologie des Volksblocks der Einschlag des Katholizismus weit größer ist als der des Protestantismus. Und es wird uns Liberalen schwer, zu sehen, wie der Liberalismus politisch heimatlos geworden ist."

Dem konservativen Protestantismus warf Gertrud Bäumer vor, in der Krise von 1918 versagt zu haben. Noch mehr als früher, opportunistischer als je zuvor habe er sich sozialpolitisch auf die Seite „der oberen Gesellschaftsschichten", staatspolitisch gegen die Republik gestellt. Diese Kräfte des Protestantismus dürften sich deshalb über das Anwachsen des katholischen Einflusses nicht wundern:

„Warum sind sie nicht da, um in Geist und Ideenbestand des Volksblocks den protestantischen Einschlag zu verstärken? Warum haben sie dem Katholizismus den Vorrang gelassen in der Beseelung der Demokratie mit seinem religiösen Geist?" Und:

„Der Protestantismus hat es selbst in der Hand, die junge Republik geistig mitzuprägen, wenn er ihr seine Kräfte, die wahrlich berufen wären, ein auf der Selbstverantwortung des einzelnen aufgebautes Staatswesen sittlich zu stützen, rückhaltlos und vertrauensvoll zuführen würde."

Andererseits sei jene Ausprägung des historischen Liberalismus, die bloß antiklerikal, rational und religiös indifferent gewesen sei, „schon lange zu Ende." Die

[57] Ebd., Sp. 505.

[58] Klaus Scholder, Die evangelische Kirche und das Jahr 1933, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 16 (1965), S. 700–714; vgl. auch: Kurt Jürgensen, „Deutsche Abende – Flensburg 1914", Ein Beitrag zum Verhältnis von Volk, Staat und evangelischer Kirche nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges, in: Gesch. in Wiss. u. Unterr. 20 (1969), S. 1–16.

[59] Die Hilfe, Nr. 8, 14. April 1925, S. 174f.

Jahrgang 17 (1969), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Aufgabe des modernen Liberalismus bestehe vielmehr angesichts der im Rechtsblock herrschenden kulturpolitischen und vor allem schulpolitischen Ansichten und angesichts eines vielleicht einmal möglichen Blocks „Hergt-Stresemann-Marx", aber auch innerhalb des „Volksblocks" in der Sicherung der individuellen Glaubensfreiheit, in der Abwehr der Politisierung des Glaubenslebens und der Klerikalisierung der Politik, dies alles unter aufrichtiger Bejahung der im Krieg und in der Nachkriegszeit freigesetzten religiösen Kräfte im Volke.

In ähnlichem Sinne argumentierte Erkelenz – selbst Katholik – in der „Hilfe". Schon in dem oben zitierten Artikel vor dem Zustandekommen des „Volksblocks" hatte er die Verantwortung für den verstärkten Einfluß des politischen Katholizismus der staatspolitischen Enthaltsamkeit im evangelischen Lager zugeschrieben:

> „Leider haben sich weite Kreise der evangelischen Bevölkerung zu sehr in monarchistischen und reaktionären Gedankengängen verrannt und stärken damit die Macht des Zentrums. Wäre ein Drittel, die Hälfte des evangelischen Deutschland zu entschlossener Mitarbeit in der Demokratischen Partei bereit, so wäre die politische Lage viel günstiger. Die evangelische Kirche Deutschlands macht denselben Fehler, den die katholische in Frankreich gemacht: sie geht mit der Reaktion."

In einem nun bereits zum Wahlkampf des „Volksblocks" veröffentlichten Beitrag – „Die Überwindung des Klassenstaates durch die Demokratie"[60] – stellte Erkelenz zunächst in der Tatsache der republikanischen Einheitskandidatur Marx einen Beweis für den positiven Wandel zur Demokratie auch im Sinne eines Abbaus der alten Klassengegensätze fest. Daneben sah er in der Aufstellung von Marx den Abbau der „Kulturkampfgesinnung" bestätigt: wenn auch der natürliche „kulturpolitische" Gegensatz zwischen den Katholiken und dem Liberalismus zu bestehen nicht aufhöre, so verschwinde doch „der Jahrzehnte hindurch durchgeführte Versuch, jemanden wegen seiner kulturpolitischen Anschauungen als ‚Reichsfeind', als national weniger zuverlässig, als außerhalb seines Volkes stehend, zu stigmatisieren."

> „Es verschwindet auch die Nachwirkung des seichten Aufklärichts, der eine Folge der Popularisierung der großen naturwissenschaftlichen Entdeckungen des vorigen Jahrhunderts war. Anders gesagt: es verschwindet jener ‚liberale' und klerikale Kretinismus, der das deutsche Volk geschwächt und zerrissen hat."

Eine bittere Anklage richtete Erkelenz schließlich an die „Damen und Herren vom Protestantismus oder vom kulturellen Liberalismus":

> Viele von Euch sind bei der Reaktion. Andere, wie der Evangelische Bund, drehen die Gebetsmühle des Kampfes gegen Rom. Herrn Jarres habt Ihr ja damit den Rest seiner Aussichten noch zerbrochen. Andere leben kulturpolitisch in den Wolken und steigen nicht in die Niederungen des politischen Kampfes hinab. Was an Rest von kulturellem Liberalismus in der Deutschen Volkspartei ist, hat sich mit Haut und Haaren den Deutschnationalen verschrieben. Es ist dort im Rechtsblock politisch aktionsunfähig. Beweis: die Aufstellung Hindenburgs! Die einzige arbeitsfähige politische Verbindung ist die Weimarer Koalition. Aber in ihr wird

[60] Die Hilfe, Nr. 8, 14. April 1925, S. 172–174; vgl. Nr. 7, 29. März 1925, S. 146.

Jahrgang 17 (1969), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Liberalismus in seinen kulturpolitischen Belangen nur von der Demokratischen Partei vertreten. Hätte sie statt zwei, vier oder sechs Millionen Stimmen, so wäre eine andere Reichspräsidentschaftskandidatur möglich gewesen. Wo seid Ihr? Auf welchem Monde lebt Ihr?"

In der Auseinandersetzung mit dem vom „Reichsblock" inspirierten Protestantismus mochte neben anderen linksliberalen Blättern vor allem die „Frankfurter Zeitung" mit ihrer starken Ausstrahlung in die süddeutsche demokratische Wählerschaft für „Volksblock" und DDP eine wertvolle Hilfe bedeuten[61], wobei der DDP in ihrer spezifischen Lage besonders Erklärungen namhafter evangelischer Theologen oder in der evangelischen Kirche aktiv tätiger Politiker willkommen sein mußten.

In der „Frankfurter Zeitung" erschien z. B. der vielfach nachgedruckte Beitrag Baumgartens „Trotz allem für Marx"[62]. Baumgarten bestätigte durchaus, daß die Kandidatur Marx gerade in freisinnigen protestantischen Kreisen Süddeutschlands im Hinblick auf die zustimmende Stellungnahme Marx' zum bayerischen Konkordat, auf das gelegentlich enge Zusammengehen des Zentrums mit den Deutschnationalen, auf die massive Personalpolitik des Zentrums usw. verständlicherweise als „eine ungeheure Zumutung" empfunden werde. Doch empfahl er entschieden die Wahl von Marx. Er begründete seine Empfehlung mit der Notwendigkeit, mit der grundsätzlichen „Beargwöhnung der nationalen und patriotischen Gesinnung der Zentrumsführer" Schluß zu machen, mit den „staatsmännischen Verdiensten Marx' . . . in der charaktervollen Durchführung der unbedingt notwendigen Erfüllungs- wie in der über Bürgerblock und Volkszerspaltung hinausführenden inneren Versöhnungspolitik", mit seiner Überzeugung, daß Marx „dem Vorbild Eberts folgend sich aller Begünstigungen seiner Partei und ihrer besonderen Ziele mit äußerstem Fleiße enthalten wird", mit seiner Gewißheit, daß sich gerade Marx „vor jeder Beargwöhnung seiner unparteiischen Regierungsführung" hüten müsse, und besonders mit dem beschwichtigenden Hinweis, daß der Reichspräsident ja keineswegs eigenständig und schon gar nicht gegen den Reichskanzler und gegen die Reichstagsmehrheit Politik machen könne –, wie übrigens bezeichnenderweise auch von zahlreichen anderen demokratischen Sprechern geltend gemacht wurde[63].

In ähnlicher Weise wie Baumgartens Beitrag zielten auf konfessionspolitisch ansprechbare evangelische und demokratische Kreise die Artikel von Rade – „Soll

[61] Vgl. Michael Krejci, Die Frankfurter Zeitung und der Nationalsozialismus, Phil. Diss. Würzburg 1965, S. 24–27.

[62] F. Z., 7. April 1925, 1. Morgenblatt. – Vgl. Baumgarten, a. a. O., S. 464–469 (dort Abdruck des Artikels); Baumgartens Eintreten für Marx hatte eine Beschwerde der Altonaer evangelischen Geistlichkeit beim schleswig-holsteinischen Landeskirchenamt in Kiel zur Folge, das seinerseits gegen Baumgarten, auch bei der ev. theol. Fakultät der Universität Kiel, Stellung nahm; dazu Baumgarten, a. a. O., S. 469–772; zusammenfassende Darstellung des Vorgangs von Hermann Mulert, „Das schleswig-holsteinische Landeskirchenamt gegen Baumgarten", C. W., Nr. 24/26, 18. Juni 1925, Sp. 558–561; Nr. 27/28, 2. Juli 1925, Sp. 605–612.

[63] So etwa Hellpach, F. Z., 18. April 1925, 2. Morgenblatt.

Jahrgang 17 (1969), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ein Protestant Marx wählen?"[64] –, von Korell – „Marx muß Reichspräsident werden".[65] –, von Harnack – „An die evangelischen Deutschen. Für Marx als Reichspräsidenten."[66] – und des religiösen Sozialisten Emil Fuchs – „Warum ich als evangelischer Pfarrer und Christ für Wilhelm Marx agitiere und ihn wähle"[67]. Hierhin gehören auch die Berichte über das Eintreten Hellpachs, des Heidelberger Theologen Martin Dibelius, des früheren reichsländischen Oberkonsistorialpräsidenten im Elsaß Curtius und Dora Rades[68].

Gemeinsam war allen diesen Äußerungen das Bemühen, die Argumentation aus dem emotionalen, bloß konfessionalistischen Bereich in den Bereich nüchterner, rationaler Erwägung hinüberzulenken und an die politische Vernunft und Einsicht der Wähler zu appellieren. Man zollte Hindenburg im allgemeinen Verehrung und Hochachtung, bestritt ihm aber vor allem mit dem Hinweis auf seinen politischen Standort, seine militärische Herkunft und sein hohes Alter jegliche Eignung für das Reichspräsidentenamt.

Wir lassen die wichtigsten Argumente folgen:

Martin Rade:

„Aufgestellt, durchgedrückt hat Hindenburgs Kandidatur die Bayerische Volkspartei. Schon daran sollte der helle Staatsbürger merken, daß es sich nicht um Konfession handelt, sondern um Politik. Wenn die katholische ‚bayerische Volksseele' einen Protestanten als Reichspräsidenten verträgt, warum nicht der evangelische Volksteil einen Katholiken."

„Es ist auch gar nicht gesagt, ob wir unter einem so klugen und besonnenen Manne wie Marx mit unseren berechtigten Ansprüchen nicht viel besser fahren als unter dem völlig unberechenbaren, unerfahrenen Hindenburg."

Willy Hellpach:

„Irgendwelche gesetzgeberische Versuche klerikaler Durchdringung Deutschlands durch eine Präsidentschaft Marx seien verfassungsmäßig unmöglich. Wohl aber könne es sich darum handeln, daß eine klerikale Atmosphäre um den Reichspräsidenten herum entstünde, wie sie bei jedem Präsidenten versucht werde. Man müsse mit Versuchen dieser Art rechnen, und wenn man nicht grundsätzlich sagen wolle, das Zentrum dürfe überhaupt nie auf diesen Posten kommen, müsse man sich mit dieser Tatsache abfinden. Wer sich aber zur Demokratie bekenne, dürfe nicht grundsätzlich das Zentrum als Partei minderen Rechts bewerten . . ."

Adolf Korell:

„Im besetzten Gebiet sehen wir alle politischen Entscheidungen unter dem Eindruck unserer 6½jährigen Erfahrungen und unserer Hoffnung der Räumung und

[64] F. Z., 18. April 1925, 1. Morgenblatt.

[65] F. Z., 22. April 1925, 1. Morgenblatt; M. A., 22. April 1925.

[66] F. Z., 23. April 1925, M. A., 24. April 1925; zu Harnacks Einsatz im Wahlkampf für Marx vgl. Agnes von Zahn-Harnack, Adolf von Harnack, Berlin-Tempelhof 1936, S. 528f.

[67] F. Z., 26. April 1925, 1. Morgenblatt.

[68] F. Z., 18. April 1925, 2. Morgenblatt (Hellpach in Stuttgart); F. Z., 23. April 1925, 2. Morgenblatt (Hellpach in Karlsruhe); F. Z., 23. April 1925, Abendblatt (Dibelius in Heidelberg); F. Z., 24. April 1925, 2. Morgenblatt (Dora Rade auf einer Frauenkundgebung für Marx in Frankfurt a. M.); F. Z., 25. April 1925, 2. Morgenblatt (Curtius).

Jahrgang 17 (1969), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Befreiung unserer rheinischen Heimat an . . . Darum wählen wir Marx, den Mann von London, der den Weg der Verständigung als den Weg der Freiheit erkannt hat."

Adolf von Harnack:

„Die Frage nach der Konfession des zu Wählenden darf keine Rolle spielen, – sie würde für die evangelischen Deutschen auftauchen müssen, wenn neben dem Katholiken Marx ein protestantischer Staatsmann von den gleichen Qualitäten aufgestellt wäre . . ."
„Übrigens ist es noch fraglich, ob die Erhaltung der religiösen, staatsbürgerlichen und kulturellen Freiheiten durch einen Deutschnationalen sicherer gewährleistet wird als durch einen Katholiken und ob jener kräftiger für den inneren Frieden auf der Höhe geistiger Freiheit sorgen wird als dieser."

Martin Dibelius:

„Ich nehme . . . diese Bedenken durchaus ernst und weiß sie zu würdigen. Aber was sollen sie besagen? Würde man diese Bedenken in jenen rechtsgerichteten evangelischen Kreisen auch dann aufrechterhalten haben, wenn der Kandidat zufällig Wallraf hieße oder auch Stegerwald?"

D. Curtius:

„Die deutschen Protestanten haben auch katholische Landesherren sogar als Oberhäupter ihrer eigenen Kirche ohne Widerspruch ertragen . . ." „Was würden wir sagen, wenn ein protestantischer Bewerber um das höchste Reichsamt wegen seines Bekenntnisses von den Katholiken verworfen würde? . . ."
„Wie könnten wir mit solcher Gesinnung für den Anschluß Österreichs an Deutschland eintreten?"

Emil Fuchs:

„Die Macht der katholischen Kirche wächst, weil sie aus katholischem Geiste eine klare Führung für ihre Anhänger in den ungeheuren Verwirrungen und Zerstörungen menschlicher Gemeinschaft, in denen wir stehen, entwickelt. Die Parteien, die sich gewohnheitsgemäß als die Vertreter des evangelischen Kirchentums fühlen und – leider – von der öffentlichen Meinung und unseren Kirchen als solche empfunden werden, weigern sich, die tatsächlichen politischen Aufgaben nach außen und im Innern überhaupt zu sehen. Sie weigern sich außerdem, Gestaltungen im Gemeinschaftsleben unseres Volkes und in seiner Stellung zu den anderen Völkern anzuerkennen und zu fördern, die dem wesentlich näherkommen, was christlicher Geist von Gemeinschaft fordert. Ihr ganzes Verhalten ist deshalb an wesentlichen Punkten ein dauerndes Leugnen entscheidender Forderungen christlicher Gesinnung. Daß innerhalb unseres Volkes jeder Mensch und jeder Stand mit gleichem Lebensrecht, gleicher Mündigkeit in politische und wirtschaftliche Lebensgemeinschaft eingeordnet werden soll, ist für evangelisches Christentum und protestantischen Freiheitsgeist so grundlegend, daß es eine erschütternde Tragödie ist zu sehen, daß Zentrum, katholische Kirche und katholische Bischöfe für das Werden dieser Freiheit in der tatsächlichen Lebensgestaltung mehr Verstehen und mehr tatkräftige Förderung aufbringen als die führenden Kreise der evangelischen Kirche und der von ihr als die ihren anerkannten Parteien . . ." „Ich wähle Wilhelm Marx, weil seine Wahl ein Schritt auf dem Weg zur wahrhaft evangelischen und freiheitlichen Lösung der drängenden Frage ist, der sich unsere führenden ‚evangelischen' Kreise zum Verhängnis unserer Kirche töricht und egoistisch entgegenwerfen."

Jahrgang 17 (1969), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Es sei hier angefügt, daß offenbar zur Unterstützung der DDP Aufrufe von Persönlichkeiten aus dem evangelischen kirchlichen Leben zur Wahl von Marx erfolgten, die ebenfalls auf die Mentalität protestantischer freisinniger Wähler berechnet schienen. Der bedeutendste dieser Aufrufe war von 43 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens unterzeichnet, darunter elf Universitätsprofessoren (u. a. Baumgarten, Rade, Rudolf Otto, Heinrich Hermelink, von Schulze-Gaevernitz, Max Lehmann, Johannes Ziekursch), neun Pfarrer (u. a. Emil Fuchs, Korell, Dietrich Graue), Verleger (Oskar Siebeck und Eugen Diederichs), Lehrer und im öffentlichen Leben stehende Frauen wie Agnes von Zahn-Harnack und Emmy Beckmann.

Gerade Stellungnahmen wie diese lösten übrigens auch noch längere Zeit über den Wahltag hinaus heftigste Angriffe aus dem Lager des Mehrheitsprotestantismus aus, wofür einer der Vertreter der Gemeinschaftschristen, Josef Gauger[69], mit seinem Blatt „Licht und Leben" ein besonders beredtes Beispiel liefert[70].

---

[69] Zu Gauger vgl. Mehnert, a. a. O., S. 85.

[70] Licht und Leben, Evangelisches Wochenblatt. Nr. 18, 3. Mai 1925, S. 287ff.:

„Was uns bei der Wahl am meisten gewundert hat, das ist, daß die Gesichtspunkte der Weltanschauung bei der Wahl so stark zurückgetreten sind. Es handelt sich in diesem Falle doch wirklich nicht um die Frage: Monarchie oder Republik? sondern um die Frage . . ., welches die Staatsidee ist, unter die sich Deutschland stellen soll . . . Mit der Republik ist Deutschland überrumpelt worden . . . Es ist eine Forderung der Demokratie, daß man dem Volke Gelegenheit gibt, ruhig seine innerste Meinung auszusprechen. Täte man das, dann würde sich zeigen, daß dem Volke die Monarchie auch heute noch lieber ist als die Republik: sie ist weit billiger; sie ist unendlich viel reinlicher; sie ist fester. Sie ist in jeder Hinsicht, namentlich in moralischer Hinsicht besser . . . Die Romgesinnten, denen die Frage der Staatsform gar keine grundsätzliche Frage ist, verstecken sich nun aber hinter die Sozialdemokraten, weil sie wissen, daß auf diese Weise die protestantische Kultur am sichersten ausgehöhlt wird . . . Von den Mitgliedern der demokratischen Partei ist man ja allerhand gewöhnt. In keiner Partei sitzen so viele Ideologen und Illusionisten wie in jener Partei; also braucht man sich nicht allzusehr zu entsetzen, wenn man dort auch einmal Dinge sieht, die einem ungewohnt sind. Das ist nun aber doch etwas Erstaunliches, daß innerhalb der demokratischen Partei evangelische Theologen die Führung übernommen haben, wenn es sich um die Werbung für den romgesinnten Marx als Reichspräsidenten handelt."

Licht und Leben, Nr. 19, 10. Mai 1925, S. 303–308:

„Wenn wir schon einmal nicht einen Monarchen haben sollen, einen Mann, den Gott selbst eingesetzt hat, dann ist es Hindenburg, der die Würde des Reichspräsidenten ausfüllt . . . Man hat gesagt, Hindenburg verstehe nichts von Diplomatie und Politik. Wir alle können uns gratulieren, wenn er von der Politik und Diplomatie nichts versteht, die wir in den letzten Jahren am Werk gesehen haben . . . Freuen können wir uns von ganzem Herzen darüber, daß der Nationalgedanke diesmal sich durchgesetzt hat, und daß die so wichtige protestantische Staatsidee . . . vorerst nicht weiter verloddert wird . . . Die Partei des erklärten Atheismus hat der Partei des Ultramontanismus vergeblich Wahlhilfe geleistet . . . Das jüdische Börsenkapital hat diesmal sein Geld umsonst ausgegeben . . . Der Gipfel des Skandals ist . . . dieser Aufruf. Und dieser Aufruf erhält seine empörendste Unterstreichung dadurch, daß diese Leute es geradezu für ihre Pflicht erklären, daß sie ihren evangelischen Glaubensgenossen sagen, daß sie für die Wahl von Wilhelm Marx sich einsetzen." – Ähnlich die Kontroverse zwischen Rade und Ernst Moering einerseits und Johannes Kübel andererseits: C. W. Nr. 22/23, 1. Juni 1925, Sp. 511ff.; Nr. 24/26, 18. Juni 1925, Sp. 561–566; vgl. Rathje,

Jahrgang 17 (1969), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Befürchtung, daß von der antikatholischen Stimmungsmache besonders bewußt protestantische und zugleich „unpolitische" Wählerinnen beeinflußt werden könnten, stand offenbar hinter den Aufrufen, die sich betont an die evangelischen Frauen wandten; hier ist etwa der Aufruf dreier demokratischer Parlamentarierinnen – der Reichstagsabgeordneten Marie-Elisabeth Lüders und Gertrud Bäumer und der Abgeordneten im preußischen Landtag Martha Dönhoff – zu nennen[71].

Auch bei zwei weiteren Gruppen von im Sinne des „Volksblocks" abgegebenen Stellungnahmen, wie sie in der „Frankfurter Zeitung" und in anderen liberalen Blättern veröffentlicht wurden, gewinnt man den Eindruck, daß sie ebenso dazu bestimmt sein mochten, die Diskussion von der rein konfessionspolitischen auf die Ebene wichtigerer politischer Sachfragen zu verlagern. Bei der einen Gruppe handelt es sich um Beiträge von Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Industrie, deren Stellungnahme wohl zugleich deutlich machen sollte, daß die Wahl Hindenburgs nicht von den wirtschaftlichen Kräften Deutschlands in ihrer Gesamtheit gewünscht werde. Dafür zwei Beispiele:

Der Mannheimer Syndikus Dr. Buß schrieb:

> „Die Kandidatur Hindenburgs ist . . . nicht nur eine politische Sinnlosigkeit, die geeignet ist, das persönliche Initiative und starke politische Energie erfordernde Amt des Reichspräsidenten zu untergraben und deutschnationalen Parteiregisseuren zu überliefern, sie ist auch wirtschaftlich gesehen von eminent schädlicher Wirkung."[72]

Robert Bosch[73] hob die innen- und außenpolitischen Verdienste von Marx hervor und wies demgegenüber auf den Mangel an staatsmännischen Qualitäten des Nur-Soldaten Hindenburg hin, auf die Gefahren seiner Wahl für die deutsche Wirtschaft in ihrer Abhängigkeit von den auswärtigen Anleihen, vor allem der USA, und auf die Gefahr innenpolitischer Konflikte, da die Arbeiterschaft in der Wahl Hindenburgs ein Zeichen für die politische Wiederauferstehung des Junkertums erblicken müsse.

Eine zweite Gruppe versuchte den Eindruck zu erwecken, daß auch in Kreisen ehemaliger hoher Militärs Vorbehalte gegenüber Hindenburg bestünden. Auch hierfür zwei Beispiele: Der damals noch der DDP angehörende Generalmajor a.D. und

---

a. a. O., S. 335ff. – Unverhohlen kam die Parteinahme offizieller kirchlicher Kreise für Hindenburg und ihre Genugtuung über das Scheitern der Volksblockkandidatur zum Ausdruck bei J. Schneider, Kirchliche Zeitlage, in: Kirchliches Jahrbuch für die evangelischen Landeskirchen Deutschlands 1925, Ein Hilfsbuch zur Kirchenkunde der Gegenwart, hrsg. von D. J. Schneider, Berlin, Gütersloh 1925, S. 495.

[71] M. A., 20. April 1925. – Ähnlich M. A., 24. April 1925: „Hindenburg oder Marx? Eine Protestantin an die protestantischen Frauen" (Liesel Ulrich); s. Hauss, S. 134. – Hellpach, a. a. O., S. 266, spricht die Vermutung aus, daß Hindenburg dem „weiblichen Deutschland . . . gutenteils seinen Wahlsieg verdankt." – Ähnlich Brecht, Aus nächster Nähe, S. 454.

[72] „Die Wirtschaft und die Reichspräsidentenwahl", F. Z., 19. April 1925, 1. Morgenblatt.

[73] „Für Marx", M. A., 23. April 1925.

Jahrgang 17 (1969), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

entschiedene Pazifist Paul Freiherr von Schoenaich ging mit den Initiatoren der Kandidatur Hindenburgs scharf ins Gericht[74]. Er zählte zu ihnen die DNVP, die Schwerindustrie und Stresemann – dieser widerstrebend –, dem er die Hintertreibung der Kandidatur Geßlers vorwarf. Er schloß seinen Beitrag:

„Wer die dritte Marneschlacht nicht auch noch verlieren will, muß am 26. April Herrn Dr. Marx seine Stimme geben".

Der General der Infanterie a.D. Berthold von Deimling, Mitbegründer des „Reichsbanners" und ebenfalls Pazifist und in der DDP tätig, äußerte sich u. a. so:

> „Die größte politische Dummheit, die das deutsche Volk machen könnte, wäre die Wahl des fast 80jährigen Feldmarschalls Hindenburg zum Reichspräsidenten . . . Die Präsidentschaft Hindenburgs bedeutet unweigerlich Verlängerung der Besetzung von Ruhr und Rhein. Hindenburg ist in den Augen der Welt das vorgeschobene Symbol der deutschnationalistischen Revanchepolitiker . . . Seine Erhebung auf den Stuhl des Reichspräsidenten würde den eisernen Ring um uns schließen. Ade deutsch-französische Verständigung; ade Völkerbund; ade Sicherheitspakt; ade europäischer Frieden!"[75]

Schließlich sei noch auf zweierlei hingewiesen: einmal auf die von der DDP immer wieder zum Ausdruck gebrachte Einmütigkeit der Partei, wie sie sich etwa in der Berichterstattung der „Frankfurter Zeitung" niederschlug[76] und die sich wohl günstig von den Querelen innerhalb des „Reichsblocks"[77] abheben sollte; zum anderen auf die Bemühungen, die bisherigen Nichtwähler für die Wahl von Marx zu mobilisieren[78], ein vom Ergebnis der Wahl her gesehen wohl eher mißglückter Versuch[79].

Kehren wir zum Schluß noch einmal zu unserer Leitfrage zurück. Sicherlich sind auch seitens der DDP beträchtliche Anstrengungen unternommen worden, die Volkswahl von Marx sichern zu helfen, und gerade von ihren bedeutendsten Repräsentanten ist der zweite Wahlgang der Reichspräsidentenwahl als Prüfstein für die Stabilität der jungen Republik begriffen worden. Dennoch haben alle diese Anstrengungen offensichtlich nicht vermocht, der linksliberalen demokratischen Wählerschaft in ihrer Gesamtheit das Gewicht der Entscheidung klarwerden zu lassen. Bei einem Teil sonst republiktreuer Wähler der DDP hat hier die integrierende Kraft der Idee einer liberalen Republik versagt. Unfähig, die Bedeutung der Präsidentenwahl als Bekenntis für oder gegen die Republik voll zu ermessen, haben

---

[74] „Die Stabschefs des Reichsblock-Präsidenten", F. Z., 17. April 1925, 1. Morgenblatt.

[75] „Die größte politische Dummheit", F. Z., 22. April 1925, 2. Morgenblatt.

[76] Z. B. „Die Pfälzer Demokraten für Marx", F. Z., 21. April 1925, 1. Morgenblatt; „Der Volksblock in Bayern", F. Z., 21. April 1925, Abendblatt; „Aufruf an die Jugend" (des Badischen Landesverbandes der Deutsch-Demokratischen Jugend), F. Z., 22. April 1925.

[77] Dazu Dorpalen, a. a. O., S. 81 f.; Roland Thimme, a. a. O., S. 135 f.

[78] So M. A., 24. April 1925.

[79] „Die Wahl der Unpolitischen", „Der Volksblock steht fest" (Verfasser wahrscheinlich Erkelenz), Die Hilfe, Nr. 9, 28. April 1925, S. 193; dort wird geschätzt, daß Marx etwa eine Million Stimmen, Hindenburg fast drei Millionen Stimmen aus den Reihen der bisherigen Nichtwähler gewonnen habe; s. auch Hauss, a. a. O., S. 134.

Jahrgang 17 (1969), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sich diese Wähler von zweitrangigen oder doch objektiv gegenstandslosen Erwägungen und von abgelebten nationalen und konfessionellen Motiven leiten lassen[80].

Letztlich hatte sich hier gezeigt, daß die Parteien der Weimarer Koalition nicht oder doch nicht zur Gänze in der Lage waren, ihre Wähler aus der politisch-bekenntnismäßig orientierten Entscheidung, wie sie im Kaiserreich verständlich gewesen war, zur Anerkennung der Notwendigkeit von staatspolitischen Kompromißentscheidungen hinüberzuführen[81]. Man tut jedenfalls gut daran, neben der Entscheidung von BVP und KPD die konfessionelle Motivation bei dem Ergebnis der Wahl vom 26. April 1925 als ausschlaggebend zu betrachten[82].

In der Rückschau freilich stellt sich uns heute dieses Ergebnis als Entscheidung von verhängnisvoller Tragweite dar. Die Wahl Hindenburgs von 1925 half den Boden aufbereiten für weitere und verstärkte reaktionäre Entwicklungen innerhalb der jungen Republik, und daran änderte auch nichts die formelle Verfassungstreue des alten kaiserlichen Feldmarschalls auf dem Stuhle des Reichspräsidenten. Und hatten sich am 26. April 1925 noch tausende von Wählern den „Luxus" erlauben können, jenen sekundären Beweggründen bei ihrem Votum für Hindenburg zu folgen, so war inzwischen bis zum Jahre 1932 eine Situation von tragischer Absurdität und Ausweglosigkeit herangereift: in der Reichspräsidentenwahl von 1932 sahen sich gerade die Parteien des „Volksblocks" von 1925 zur entschiedenen Unterstützung Hindenburgs gezwungen, damit er, der die Republik nur aus Pflicht und Loyalität, nicht aus Überzeugung repräsentierte, den Staat vor dem Zugriff des militanten Antirepublikaners Adolf Hitler bewahre. Was half es da, recht behalten zu haben? Nun vollends, aber unter ungleich ungünstigeren Umständen als 1925, machte das Nebeneinander der Kandidaturen zur Reichspräsidentschaft deutlich, wie sehr dabei das Schicksal der Republik auf dem Spiele stand. Auch über konfessionspolitische Erwägungen war nun die Zeit hinweggegangen.

---

[80] Zur Beurteilung des Wahlergebnisses vgl. Dorpalen, a. a. O., S. 86ff.; Dorpalen errechnet allein in den Wahlbezirken Dresden-Bautzen, Leipzig, Chemnitz-Zwickau und Hamburg zusammen rund 85000 demokratische Hindenburg-Stimmen (S. 86, Anm. 39). Dennoch war die Parteileitung der DDP nach der Wahl überzeugt, daß wenigstens die Mitglieder der Partei nahezu geschlossen Marx gewählt hätten: so Stephan in brieflichen Mitteilungen an den Verf. vom 21. 8. 1968 und 4. 9. 1968. Allerdings vermutet Stephan, daß andererseits auch aus Kreisen der DVP in einem gewissen Ausmaß Marx gewählt worden sei. Konsul Henry Bernhardt, der persönliche Referent Stresemanns, habe ihm, Stephan, am Tage vor der Wahl gesagt, „Aus meinem Freundeskreis wird Hindenburg nicht viele Stimmen erhalten" und damit wohl auch die Meinung Stresemanns wiedergegeben.

[81] Unter anderen Aspekten auch Michael Stürmer, Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924–1928, Düsseldorf 1967, S. 17.

[82] Vgl. Die Hilfe, Nr. 9., 28. April, S. 193; dort wird die Zahl der evangelischen, republikanischen Wähler, bei denen das konfessionelle Motiv den Ausschlag zur Wahl Hindenburgs gab, immerhin auf etwa 200000 geschätzt. Dies entgegen der allzu lapidaren Feststellung bei Heiber, a. a. O., S. 171; vgl. Hauss, a. a. O., S. 135; Eyck, a. a. O., S. 446; Milatz, a. a. O., S. 120; Brecht, Vorspiel, S. 46f.; Kaufmann, a. a. O., S. 151; Scheele, a. a. O., S. 134; Stampfer, a. a. O., S. 452; Wheeler-Bennett, a. a. O., S. 266.

Jahrgang 17 (1969), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte